Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis
Büro des Landrats

Pressesprecherin Silke Hartmann

Stellvertretung Ralph Adameit
Susanne Uhrig

Telefon +49 6221 522-1421
E-Mail oeffentlichkeitsarbeit@rhein-neckar-kreis.de

Datum 23.11.2026

Medieninformation

Ausschuss für Soziales: Mehr als 11.000 Beratungen gab es im vergangenen Jahr im Pflegestützpunkt im Rhein-Neckar-Kreis

Ob Fragen zum Pflegegrad, zur Finanzierung der Pflege oder zur Suche nach einem geeigneten Pflegeplatz: Der Pflegestützpunkt des Rhein-Neckar-Kreises ist für viele Menschen eine wichtige Anlaufstelle. Wie stark das kostenlose und unabhängige Beratungsangebot genutzt wird, zeigt der aktuelle Tätigkeitsbericht, von dem der Ausschuss für Soziales in der jüngsten Sitzung Kenntnis nahm. Demnach wurden im Jahr 2025 insgesamt 11.228 Beratungen durchgeführt. 6.586 Personen nahmen erstmals eine Beratung in Anspruch.

Die Mitarbeitenden des Pflegestützpunktes informieren Pflegebedürftige jeden Alters und deren Angehörige über Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung sowie über Hilfs- und Unterstützungsangebote. Dazu gehören unter anderem ambulante und stationäre Pflege, Hilfsmittel, Wohnraumanpassungen oder der Umgang mit Demenz. Zunehmend schwierig gestaltet sich die Suche nach freien Plätzen in der Dauer- und insbesondere in der Kurzzeitpflege. Die Bedeutung einer wohnortnahen Pflegeberatung dürfte in den kommenden Jahren weiter

zunehmen. Ende 2023 lebten im Rhein-Neckar-Kreis rund 37.500 pflegebedürftige Menschen. Nach einer Prognose des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg könnte ihre Zahl bis zum Jahr 2040 auf knapp 44.700 steigen. Bereits heute liegt der Anteil der Pflegebedürftigen im Landkreis über dem Landesdurchschnitt.

Wohnortnahe Beratung, Hausbesuche und Videoberatung

Um eine möglichst wohnortnahe Beratung sicherzustellen, unterhält der Rhein-Neckar-Kreis fünf zentrale Beratungsstellen in Hockenheim, Neckargemünd, Sinsheim, Weinheim und Wiesloch. Insgesamt stehen dafür 14 Mitarbeitende auf elf Vollzeitstellen zur Verfügung. Ergänzend werden Sprechstunden in den Kommunen, Hausbesuche und Videoberatungen angeboten. Letztere ermöglichen es auch weiter entfernt lebenden Angehörigen, an Beratungsgesprächen teilzunehmen. „Der Rhein-Neckar-Kreis ist bei der Pflegeberatung gut aufgestellt. Wir wissen aber auch, dass die Herausforderungen angesichts der demografischen Entwicklung größer werden. Die pflegebedürftigen Menschen und ihre Angehörigen dürfen wir dabei nicht aus den Augen verlieren – und das werden wir auch nicht“, betont Landrat Manuel Just.

Ziel der Beratung ist es insbesondere, pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen bei der Organisation der notwendigen Unterstützung zu begleiten und einen möglichst langen Verbleib in der vertrauten häuslichen Umgebung zu ermöglichen. Angesichts des demografischen Wandels geht die Kreisverwaltung davon aus, dass der Beratungsbedarf weiter steigen wird.

Ein weiteres Thema der Sitzung war der Zwischenbericht des Jobcenters Rhein-Neckar-Kreis zur Erreichung der kommunalen Ziele für das Jahr 2026. Demnach wurde das Ziel, Schulabgängerinnen und Schulabgänger zur Inanspruchnahme

der Berufsberatung zu motivieren, bis September erreicht. Bei der Verbesserung der Integration von Alleinerziehenden wurde der vereinbarte Zielwert sogar übertroffen, berichtete Janina Jung, Geschäftsführerin des Jobcenters Rhein-Neckar-Kreis. Nach intensiver Debatte beschloss das Gremium mehrheitlich die neuen konzeptionellen Eckpunkte für die psychosoziale Betreuung im Rhein-Neckar-Kreis. Diese sehen vor, die wohnortnahe Beratung in den fünf Planungsräumen mit insgesamt vier Vollzeitstellen fortzuführen. Die bisherige Förderung von sieben spezialisierten Beratungsstellen mit insgesamt 3,5 Vollzeitstellen ist dagegen nicht mehr Bestandteil der Konzeption. Die betreffenden Zielgruppen sollen künftig durch andere geeignete Beratungsangebote unterstützt werden.

Darüber hinaus befasste sich der Ausschuss für Soziales mit der Arbeit des Referats Gesellschaftliche Integration, das die Bereiche Integration, Gleichstellung sowie Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen bündelt. Auch der neue kommunale Behindertenbeauftragte, Frank Burchardt, stellte sich dem Gremium vor.

Pilotprojekt mit ehrenamtlichen Jobcoaches

Einstimmig sprachen sich die Kreisrätinnen und Kreisräte zudem für einen Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zum Aufbau eines kreisweiten Jobcoach-Netzwerks aus. Ehrenamtliche Jobcoaches sollen zugewanderte Menschen bei der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz unterstützen und damit bestehende Beratungsangebote ergänzen. Ein entsprechendes Pilotprojekt läuft bereits seit April 2026 in Sinsheim, wo fünf Ehrenamtliche für ihren Einsatz geschult wurden. Ziel ist es, die berufliche Integration zu verbessern, dem Fachkräftebedarf entgegenzuwirken und durch erfolgreiche Arbeitsaufnahmen möglicherweise auch öffentliche Haushalte zu entlasten. Die Verwaltung erhielt den Auftrag, ein entsprechendes Konzept zu erstellen und umzusetzen.